Jürgen Brammer/ Kurt Schröder

Norddeutsches Echo

Erinnerungen an eine kommunistische Zeitung

Die Zeitung „Norddeutsches Echo" war vom April 1946 bis August 1956 das Blatt der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) in Schleswig-Holstein. Die Jahre ihres Erscheinens sind fast identisch mit dem Zeitraum der Legalität der KPD nach dem Krieg. Die Entwicklung dieser Zeitung widerspiegelt in vielen Punkten die Entwicklung der KPD.

Die Zeitung „Norddeutsches Echo", abgekürzt NE, erschien zum ersten Mal am 3. April 1946. Kiel gehörte damals zur britischen Besatzungszone und unterstand der britischen Militärregierung. Grundlage für das Erscheinen der Zeitung war deren Zulassung, und zwar für das NE die Lizenznummer 25, die es der Kommunistischen Partei erlaubte, eine Zeitung für Kiel und Umgebung herauszugeben, wobei die Parteibezeichnung KPD nicht im Zeitungskopf angegeben werden durfte. Text: *„Es ist das Ziel der Besatzungsbehörden, den Aufbau einer freien Presse in Deutschland durchzuführen. Die freie Presse wird den deutschen Bürgern die Möglichkeit geben, aufgrund von objektiv dargestellten Tatsachen ihre eigene unabhängige Meinung über innenpolitische Ereignisse wie auch Ereignisse der Außenwelt zu bilden, so daß sie niemals mehr dazu überredet werden können, eine Politik der Aggression oder ein Diskriminieren gegen bestimmte Rassen und Religionsformen zu unterstützen."*[1] Lizenzträger wurden Alfred Heitmann und Alfred Oertel, Chefredakteur Erich Meyer.

Es stellte sich bald heraus, daß die Sache mit der freien Presse nicht unbeschränkt gemeint war. Die NE-Redaktion hatte schon bald mit Zensur, Abmahnungen und Verboten zu tun[2]. Auch die materiellen Startbedingungen für die neu zugelassenen Kieler Zeitungen waren keineswegs gleich. Die sozialdemokratische „Volkszeitung" bekam eine Startauflage von 50.000 zugebilligt, die „Kieler Nachrichten" als CDU-Blatt 40.000, das NE ganze 10.000. Und die technische Ausrüstung von den Druckunterlagen bis hin zu den Schreibmaschinen und Schreibtischen war höchst unterschiedlich verteilt. Die „Volkszeitung" erhielt ihre Druckerei in der Bergstraße zurück, die von den Nazis 1933 enteignet worden war und in der das Blatt der NSDAP „Norddeutsche Rundschau" hergestellt wurde. Die „Kieler Nachrichten" erhielten die verhältnismäßig moderne Druckerei in der Fleethörn. Sicher wiesen diese Druckereien Kriegsschäden auf, aber diese konnten schnell repariert werden.

Das NE mußte unter ungleich schwereren Bedingungen in einer privaten, nicht zum Zeitungsverlag gehörenden Druckerei hergestellt werden, bei der — Firma „Rucks und Co." Sophienblatt 22-24 — anfangs im aufwendigen und unwirtschaftlichen Flachdruckverfahren. Die damalige NE-Mitarbeiterin Lisa Herrmann, geb. Preßler: *„Bevor geeignete Redaktionsräume gefunden waren, mußten wir mit dem Zimmer einer Wohnung vorlieb nehmen. Eine eigene Druckerei stand uns nicht zur Verfügung. Wir waren immer vom Unternehmer abhängig. Jede Ausgabe mußte, bevor sie gedruckt wurde, dem Zensor der britischen Militärregierung vorgelegt werden. Der strich dann ganz nach Belieben einzelne Sätze oder auch ganze Artikel, die dann neu geschrieben und vorgelegt werden mußten."*[3]

[1] Lizenzurkunde Nr. 25 der britischen Militärregierung, Anweisungen über politische Richtlinien.

[2] wie oben, Durchführungsanweisungen, Zensur: Während der Probezeit wird eine Vorzensur durchgeführt. Dem britischen Kontrollpersonal muß alles Material unterbreitet werden.

[3] NE 7./ 8. April 1986: „So fingen wir vor 10 Jahren an."

Preis 20 Pfennig

NORDDEUTSCHES Echo

TAGESZEITUNG FÜR KIEL UND UMGEBUNG

1. Jahrgang / Nummer 1 — Veröffentlicht unter Zulassungsnummer 25 der Militär-Regierung — Mittwoch, den 3. April 1946

Rüstet zum 1. Mai
Jeder Betrieb
ein Bollwerk
für die Einheit!

Illegale Nazi-Bewegung zerschlagen!

Etwa 1000 Personen verhaftet / Der Chef des amerikanischen Geheimdienstes über die Entdeckung des Komplotts der Reichsjugendführung

FRANKFURT, 31. März. (DPD.) Der Chef des amerikanischen Geheimdienstes in Deutschland gibt Einzelheiten über das aufgedeckte Komplott bekannt.

Bei Razzias wurden in der amerikanischen Zone Deutschlands und in Österreich etwa 1000 Personen verhaftet, die im Verdacht standen, zur Bewegung zu gehören. Der amerikanische General erklärte, daß russische und amerikanische Truppen damit beschäftigt seien, die Reste der Organisation zu zerschlagen und ihre Mitglieder zu verhaften. Für diese Aktion waren auch Panzerwagen bereitgestellt worden.

Dem Vorgehen der britischen und amerikanischen Truppen wurde kein Widerstand entgegengesetzt, nur ein Schuß wurde im Gebiet von Bamberg, ungefähr 35 Meilen nördlich von Nürnberg, abgegeben, um das Schloß einer Haustür abzureißen. „Das Rückgrat der Bewegung", sagte General Sibert, „ist mit der Verhaftung Axmanns und anderer höherer Führer der Hitlerjugendführung gebrochen".

Beamte des Geheimdienstes entdeckten die Organisation bereits im Mai 1945. Es gelang ihnen, die Werbetätigkeit genau zu beobachten, die von der Verschwörergruppe auf der Suche nach „verläßlichen" Personal eingeleitet worden war. Axmann, Memminger und Ernst Overbeck wurden bereits Mitte Dezember 1945 verhaftet.

Unter der Führung von Axmann hat eine ausgewählte Gruppe von Nazis die amerikanische und britische Besatzungszone bereist, um mit anderen Verbindungen aufzunehmen. Die Gruppe arbeitete unter dem Deckmantel verschiedener, angesehener Firmen, die sich mit dem Transport von Lebensmitteln und Heizmaterial beschäftigten. Den Führern der Gruppe gelang es, etwa eintausend Adressen von Personen ausfindig zu machen, von denen sie glaubten, daß man sich auf sie verlassen könne. General Sibert teilte mit, daß der Stand der Organisation sich noch im Stadium der Werbung befunden habe, das Stadium der Propaganda sei noch nicht erreicht worden. Es besteht auch kein Beweis dafür, daß diese Organisation mit Zwischenfällen in Verbindung war, in denen die „Organisation Edelweiß" eine Rolle spielte. Die Pläne der Verschwörergruppe gingen dahin, einflußreiche politische Zellen zu organisieren, um auf diese Art die Entwicklung einer demokratischen Philosophie in den politischen Parteien Deutschlands zu zersetzen, doch die Verschwörer hatten noch keinen Eintritt in die politischen Parteien gefunden, sie konnten auch die Januar-Wahlen in der amerikanischen Zone nicht beeinflussen.

Die Führer der Verschwörung, so teilte General Sibert weiter mit, hüteten sich, mit den Behörden der Militärregierung in Konflikt zu geraten oder auch nur störend zu wirken. Bereits April 1945 hatte Axmann angedeutet, daß alle Reichsjugendführer und Führerinnen sich in Niederbayern treffen sollten, um die Untergrundbewegung zu organisieren. Axmann, der von Hitler den Befehl erhalten hatte, an der Verteidigung Berlins teilzunehmen, ernannte Willi Heidemann, den ehemaligen Leiter des Amtes Jugendwohlfahrt, zum Verwalter einer beträchtlichen Summe von HJ-Geldern, das Geld solle dafür verwendet werden, Heidemann zum Eigentümer und Leiter eines angesehenen Gesellschaftsunternehmen in Bayern zu machen. Er erhielt außerdem Weisung, sich mit den Amerikanern gut zu stellen, um später nach dem deutschen Zusammenbruch für sich und seine Firma eine Genehmigung durch die Militärregierung zu erhalten.

Er eröffnete Zweigbüros in größeren Städten in der amerikanischen und britischen Zone.

Während d[illegible] wurden keine Anzeichen [illegible] betonte General Sibert, daß die [illegible]ppe ihre Tätigkeit auf die französische oder die russische Zone ausdehnen wollte. Erst in der letzten Woche wurden Spuren in die russische Zone entdeckt, wovon man den Sowjetbehörden in Berlin Mitteilung gemacht habe.

(Fortsetzung auf Seite 2)

Kriegsverbrecher vor Gericht

PRAG, 2. 4. (DPD.) Eine Reihe von Dokumenten wurden durch den öffentlichen Ankläger am Montag dem Prager Volksgerichtshof vorgelegt, vor dem sich der frühere Reichsstatthalter von Böhmen und Mähren, Karl Hermann Frank, zu verantworten hat.

Eines der Dokumente mit der Unterschrift von Frank ordnete am 4. Mai 1945 das Erschießen tschechischer Gefangener in in Theresienstadt an, obwohl Frank behauptet hatte, er hätte bereits am 20. April seine Amtsgewalt an General Schörner übergeben.

Franks Behauptung, in keiner Weise an dem Überfall auf die Tschechoslowakei im September 1938 beteiligt gewesen zu sein, widerlegte der öffentliche Ankläger mit der Vorlage eines dokumentarischen Beweises, indem sich Frank bei Hitlers Stab beklagte, der Führer der deutschen Volksgruppe in der Tschechoslowakei, Ernst Kundt, handele zu milde.

Der höhere SS-Offizier Zierais, der am 28. Mai 1945 erschossen wurde, hat kurz vor seinem Tode gegenüber einem Offizier des britischen Intelligenz-Service zugegeben, daß alle Exekutionen an Tschechen in Mauthausen von Frank angeordnet worden sind.

Gegen den ehemaligen Staatsminister und Abgeordneten der Sudetendeutschen Partei, Karl Hermann Frank, hat jetzt das Strafverfahren wegen Hochverrates an der Tschechoslowakischen Republik vor einem Außerordentlichen Volksgericht in Prag begonnen. Unser Bild zeigt ihn hier vor dem Prager Volksgericht während der Verlesung der Anklageschrift.

Was wir wollen

Woher wir kommen und warum wir da sind? Wir kommen aus den Zuchthäusern und Konzentrationslagern, aus den Reihen derer, die den Weg mit Hitler nicht gehen wollten. Wir haben während der faschistischen Diktatur keinen Hehl aus unserer Gesinnung gemacht, haben allem Terror zum Trotz illegale Zeitungen und Flugblätter verfaßt und lieber das bittere Los des politischen Häftlings getragen als den blinkenden Plunder der Goldfasanen. Für uns galt das Wort von Karl Liebknecht: „Ihre Ehre ist nicht meine Ehre". Kompromißlos und konsequent standen wir im Kampfe gegen die Verderber des deutschen Lebens, kompromißlos und konsequent stehen wir heute im Kampf um die Sicherung und Neugestaltung unserer Zukunft. Und darum sind wir da.

Ein Blick in die Welt zeigt uns, daß mit dem Ende der Hitlerbande die Kriegstreiber nicht ausgerottet sind.

Wir wissen, daß die Kriegsbrandstifter durch den Friedenswillen der Völker zum Tode verurteilt sind. Unser Vertrauen für die Zukunft liegt in der Erkenntnis, daß eine Fortsetzung der kapitalistischen Willkürherrschaft, die allein den Frieden stören kann, durch die erwachende Vernunft und ihren Kampf verhindert werden wird. Alle bisher nach dem Kriege durchgeführten Wahlen brachten einen Linksruck. Die Linksparteien aber vertreten die Politik des Friedens. Die Einheit ihres Wollens garantiert den Frieden.

Deutschland hat keine Stimme in der Welt. Deutschland steht vor der schweren Aufgabe, seinen inneren Aufbau so zu gestalten, daß es Sympathie und Vertrauen der Welt wieder gewinnt. Daher darf es sich nicht an irgendeiner Weltmacht binden, es darf nicht Spielball volksfremder Interessen werden. Das deutsche Volk muß seine eigenen Kräfte entwickeln und seinen Platz in der Völkergemeinschaft als selbständigen Faktor erobern und erhalten. Schmiedet das deutsche Volk wieder sein Schicksal an volksfremde Kräfte, dann wird allein nur eine Neuauflage der Hitlerkatastrophe eintreten können. Viel verhängnisvoller als die, in der wir heute leben. Für uns besteht nicht der geringste Zweifel, daß ein neuer Krieg in Europa Deutschlands endgültiges Ende bedeuten würde. Allein der Frieden sichert die Neu-

Parteilos?

Die Kraft der Werktätigen liegt in ihrer Masse. Die Zersplitterung in Interessengruppen ist die Stärke ihrer Gegner. Macht gibt allein die Organisation!

Hinein in die KPD.!

Chefredakteur (damals im noch nicht ganz überwundenen Nazideutsch *„Hauptschriftleiter"*) war Erich Meyer, der unter dem Naziterror eine illegale kommunistische Zeitung herausgegeben hatte und, zu 12 Jahren Zuchthaus verurteilt, die Nazizeit hinter Zuchthausmauern verbringen mußte. Er wurde ein bei den Kieler Journalisten angesehener Mann, und er leitete die Redaktion in freiheitlichem Geiste und im wohlverstandenen Sinne der britischen Anweisungen: Trennung von Berichterstattung und Kommentar, Gleichgewichtung der Weltereignisse und *„nichts zu veröffentlichen, was zur Verherrlichung oder Unterstützung der Lehre des Nationalsozialismus hinneigt."*[4]

Nichtsdestoweniger war das NE parteilich und leidenschaftlich geschrieben. Als Beispiel einige Sätze aus dem ersten Leitartikel von Erich Meyer: *„Wir kommen aus den Zuchthäusern und Konzentrationslagern, aus den Reihen derer, die den Weg mit Hitler nicht gehen wollten. Wir haben während der faschistischen Diktatur keinen Hehl aus unserer Gesinnung gemacht, haben allem Terror zum Trotz illegale Zeitungen und Flugblätter gemacht und lieber das bittere Los des politischen Häftlings getragen als den blinkenden Plunder der Goldfasane."*[5]

linke Seite:
Frontseite der ersten Ausgabe des „Norddeutschen Echo" vom 3. April 1946. Deutlich wird hier die antifaschistische Zielsetzung der Zeitung an den drei Artikeln der Titelseite: „Illegale Nazi-Bewegung zerschlagen!", „Kriegsverbrecher vor Gericht", „Was wir wollen".

[4] Lizenzurkunde Nr. 25 der britischen Militärregierung.
[5] NE 3. 4. 1946 (Goldfasane = Amtsträger der NSDAP).

Gruß des Kieler Oberbürgermeisters zum einjährigen Bestehen des NE vom April 1947.

Ein Jahr „Norddeutsches Echo"

„Das ‚Echo' wahrt die Lebensinteressen der arbeitenden Bevölkerung"

Der Oberbürgermeister der Stadt Kiel, Herr Andreas Gayk, sandte dem „Echo" aus Anlaß seines einjährigen Bestehens folgenden Glückwunsch:

An den Verlag und die Redaktion des „Norddeutschen Echo"

Die Kieler Presse aller Parteischattierungen darf sich am Tage ihres einjährigen Bestehens des Verdienstes rühmen, sowohl Künderin der Meinungen aller Volksschichten als auch Sprecherin im Austragen politisch-ideologischer Gegensätze gewesen zu sein. In einer lebendigen Demokratie ist das Ansehen und die Würde unseres neuen Staatswesens weitgehend in die Hand einer verantwortungsbewußten Presse gegeben. Ohne Freiheit der Presse keine gesunde Demokratie. Aber ohne Demokratie auch keine Freiheit der Presse.

Angesichts der wachsenden Schwere unserer gemeinsamen Aufgaben ist es mir eine angenehme Pflicht, dem „Norddeutschen Echo" an seinem Ehrentage für die Bemühungen zu danken, die es sich um die Wahrung der Lebensinteressen der arbeitenden Bevölkerung Kiels erworben hat. Allen im Betrieb des „Echo" Tätigen spreche ich zum heutigen Tage meinen Glückwunsch aus. Unsere gemeinsamen Bemühungen um den Aufbau Kiels werden erst dann von Erfolg gekrönt sein, wenn in den Spalten des „Norddeutschen Echo" das Echo vollbeschäftigter Kieler Betriebe widerhallt.

gez.: Andreas Gayk, Oberbürgermeister.

Neben dem Kampf gegen den neu entstehenden Faschismus hat das NE von seiner ersten Nummer an die Sache des Friedens vertreten, beispielsweise einen Auszug aus einer Rede des britischen Großadmirals Mountbatten, in welcher er vor einem Atomraketenkrieg gewarnt hat.[6]

Für die Vereinigung von SPD und KPD

Die erste Nummer des NE erschien unmittelbar vor dem Vereinigungsparteitag von SPD und KPD in Ostberlin. Das NE stellte sich von Anfang an entschieden auf die Seite der Bemühungen, als wichtigste Lehre aus dem Zusammenbruch von 1933 eine einheitliche Arbeiterpartei zu schaffen. Als Beispiel sei der Appell von Otto Preßler, SPD und KPD zu einer sozialistischen Einheitspartei zu vereinigen, angeführt.[7] Otto Preßler war damals KPD-Vorsitzender im Kreis Kiel.

Gegen Werften-Demontage

Eine ganz besondere Rolle leistete das NE im Kampf gegen die Demontage der Werften und Betriebe. Höhepunkt sind die Ausgaben Nr. 20 und 21 des NE, die auf ihren Titelseiten den Protest als Aufmacher wiedergeben. Hauptschlagzeile: *„Kiel kämpft um seine Existenzgrundlagen. Bericht von Kundgebungen und Reden des Bürgermeisters Andreas Gayk (SPD), Bruno Kossak (KPD, Betriebsrat auf der Germania–Werft) und des Stadtrates Karge (KPD).“* Es ging darum, Gebäude, Kaianlagen und Hellinge für die spätere Friedenswirtschaft zu erhalten.[8]

Die Demontagen und entsprechend auch der Kampf dagegen gingen noch fast zwei Jahre weiter, und das NE nahm auf seine Weise teil. Am 28. August 1947 war ein zweistündiger Proteststreik auf der HOLMAG in Friedrichsort (früher Torpedowerkstätten, heute MAK). Das NE berichtete auch von dem Streik und von den gewerkschaftlichen Forderungen nach mehr Mitbestimmungsrechten der Arbeiter.[9]

Der Einsatz des NE gegen die Demontage der Werften wird in einem Buch von Helmut Grieser gewürdigt.[10] Während sich die anderen Kieler Zeitungen kaum damit beschäftigt haben — Zitat: *„Die Presse begleitete Zerstörung mit schwächer werdenden Kommentaren“* — hebt er das NE hervor, das sich engagiert eingesetzt habe: *„Mit Grauen denken die 600 Mann, die*

[6] NE 3.4.1946
[7] NE Nr. 8 1946, Seite 3.
[8] NE Nr. 20/21 1946.
[9] NE 3. 8. 1947.
[10] „Reichsbesitz, Entmilitarisierung und Friedensindustrie in Kiel nach dem zweiten Weltkrieg“, Sonderveröffentlichung 11 der Gesellschaft für Kieler Stadtgeschichte.

linke Seite unten und rechts oben: *Karikaturen aus den frühen Jahren des NE. Der Karikaturist war Gustav Adolf Lehnert, Signum „GAL", dem es nichts ausmachte, zur gleichen Zeit antikommunistische Karikaturen an die „Kieler Nachrichten" zu verkaufen. Gegenstand der Karikaturen waren die Nöte und Probleme der Nachkriegszeit: nicht belieferte Lebensmittelmarken und Demontage der Werften und Betriebe. Das NE scheute sich nicht, in diesem Zusammenhang auch die Sicht der Unternehmer zu übernehmen, die über Auftragsmangel nicht klagen konnten, vor der Demontagepolitik der Besatzungsmacht aber kapitulieren mußten.*

auf der Germania-Werft mit der Demontage beschäftigt sind, an die ihnen jetzt drohende Arbeitslosigkeit. Mit dem Abfahren der letzten Tonne Schrott hat sich auch ihr Schicksal erfüllt. Arbeitslosigkeit. Langsam kommt auch bei diesen Arbeitern die Erkenntnis, daß nur bei einem domokratischen Aufbau wie in der Ostzone für jeden Arbeiter Lohn und Brot gesichert ist."[11]

Grieser zieht daraus wie aus anderen Artikeln, die die Entwicklung in Ost und West vergleichen, den Schluß: *„Damit war der Kernpunkt der NE-Agitation erreicht. Der Vergleich zwischen der Ostzone und den Kieler Verhältnissen erwuchs aus der Beschreibung der Demontagen und diente der Agitation im Jahr der deutschen Spaltung..."*[12]

Zeitungsverbesserungen bis Mitte 1948

Im Verlaufe der ersten zwei Jahre seines Erscheinens wurde das NE qualitativ besser. Trotz Papierknappheit (die Zeitung hatte zuerst nur vier Seiten und erschien nur dreimal in der Woche) bekamen die Sportler ihre Sportseite, regelmäßig erschienen Wirtschaftsteile, die Frauen erhielten ihren Platz, Kurzmeldungen, Glossen und Karikaturen lockerten die Zeitung auf, und auch die Anzeigenteile wurden relativ groß. In Lübeck wurde im Sommer 1947 am Lindenplatz eine dreiköpfige Lokalredaktion eingerichtet, die Meldungen und Berichte für jeweils eine Lübecker Seite lieferten.

Die Militärregierung hatte nicht nur die Auflagenhöhe, sondern auch den Zeitungspreis festgesetzt — er betrug 20 Pfennig. Auch die Anzeigenpreise wurden vorgeschrieben. Die Nachrichten kamen vom DPD (Deutscher Pressedienst), dem auch umgekehrt vom NE Lokalnachrichten durchzugeben waren, auch gegen Bezahlung. Redaktion und Druckerei waren in ei-

[11] ebenda, S. 272.
[12] ebenda, S. 273.

NE-Karikaturist „GAL" sah in Bourgois und Großgrundbesitzer die wahren Nutznieer der Lebensmittelrationierung. Ihre auf dem Schwarzmarkt vertriebenen Waren erzielten Maximalprofite. (NE v. 29.3.1947)

nem Hinterhaus der Lerchenstraße 4 untergebracht. An den Erscheinungstagen bildeten sich Käuferschlangen bis auf die Straße hinaus.

Ein großer Einschnitt war dann die Währungsreform vom 20. Juni 1948. Obwohl die Zeitung schon Mitte April Meldungen von der bevorstehenden Währungsreform gebracht hatte[13], scheinen Redaktion und Verlag völlig überrascht worden zu sein. Das Geld wurde sehr knapp, die Anzeigen gingen zurück, die Zahl der Zeitungskäufer ebenfalls. Die Zeitung war auf Zuschüsse von ihrer Partei angewiesen.

Verwarnt und verboten

Bereits vor der Währungsreform wurde der Ton von seiten der Militärregierung härter. Der sogenannte Kalte Krieg begann schon 1947. Deutschland wurde geteilt, der Marshallplan und die Bizone veränderten das Bild. Einen ersten Verweis erhielt das NE mit einem Schreiben des Regional Commissioners Land Schleswig-Holstein W. Ashburry. Anstoß wurde an einem Artikel *„Das Märchen vom Brot- und Fettmangel in der Welt"*[14] genommen, in dem von Rekordernten an Getreide und von Speisefett-Überschüssen berichtet und die mangelhafte Versorgung der Bevölkerung kritisiert wurde. *„Es wird in Betracht gezogen, daß ihre Veröffentlichung in Kenntnis darüber stattfand, daß die Erklärungen, die sie enthielten, und die Art und Weise ihrer Darstellung geeignet waren, die Öffentlichkeit irrezuführen und die Besatzungsmächte zu beleidigen"*, hieß es in dem Verweis[15].

[13] NE 15. 4. 1948, Aufmacher.
[14] NE 24. 2. 1948, aus Department of Commers, Washington und Corn Trade News.
[15] Brief des Regional Commissioners W. Ashburry vom 2. 3. 1948.

Kurz darauf, am 10. März 1948, erhielt das NE zwei Verwarnungen. Sie bezogen sich auf eine Rede des KPD-Abgeordneten Josef Ledwohn, die vom NE[16] abgedruckt worden war, sowie auf Veröffentlichungen über ein vom NE als *„Geheimkonferenz über Westdeutschland "*bezeichnetes Treffen von Vertretern der USA, Englands und Frankreichs in London[17]. Das NE hatte unter Berufung auf westliche Quellen und Veröffentlichungen der SED berichtet, dort sei ein Plan *„zur ewigen Spaltung Deutschlands"* beraten worden.

Im Fall Ledwohn antworteten die Lizenzträger des NE: *„Bei Aushändigung der Lizenz für das NE hat General Bishop erklärt, daß das NE die Interessen der KPD zu vertreten habe"*. Man hätte daraus ableiten müssen, daß die Wiedergabe von Reden und Erklärungen der KPD-Spitzenfunktionäre zur Wahrnehmung der Interessen der KPD zähle. Zum Bericht über die Geheimkonferenz wurde erklärt, die Angaben stammten *„so gut wie ganz"* aus US-amerikanischen und britischen Quellen. Wenn man den beanstandeten Artikel heute liest, kann man die damaligen Beanstandungen nicht mehr nachvollziehen. Der Artikel ist sachlich und in neutraler Sprache geschrieben. Der Ledwohn-Artikel scheint etwas überzogen aus heutiger Sicht, aber einem politischen Funktionär wird man wohl eine Meinungsäußerung zubilligen müssen.

Am 20. August 1950 wurde das NE dann für 90 Tage verboten. Begründung: Das NE habe *„Handlungen begangen, die das Ansehen oder die Sicherheit der alliierten Streitkräfte beeinträchtigen oder dazu führen können"*[18]. Die Begründung war an den Haaren herbeigezogen, denn zur gleichen Zeit wurden, wie das NE berichtete[19], insgesamt zwölf kommunistische Regionalzeitungen verboten, und zwar unter den verschiedensten Begründungen — z.B. die Zeitung „Unser Tag", weil sie Sprengvorbereitungen am Loreleifelsen gemeldet hatte. Die Zeit der Verbote fällt mit der Wiederaufrüstung zusammen. Im Oktober 1950 wurde die „Dienststelle Blank" eingerichtet, die die Aufstellung der Bundeswehr in Angriff nahm.

Am 13. Juli 1950 kam ein zweites Verbot für 90 Tage[20]. Die KPD versuchte zwar, die Informationslücke mit der „Norddeutschen Volksstimme" zu schließen, einem Organ der KPD-Bürgerschaftsfraktionen Hamburg und Bremen. Aber beide Verbote fügten dem NE schweren wirtschaftlichen Schaden zu. Das NE verlor viele seiner Abonnenten und mußte Redakteure und Drucker beurlauben. Das zweite Verbot wurde wegen der NE-Berichterstattung über die Volksbefragung gegen Remilitarisierung verfügt. Neben der Militärregierung schaltete sich auch die Justiz ein. Redakteure wurden richterlich vernommen[21]. Die Strafsache gegen unbekannt wurde schließlich eingestellt, da sich der Autor des zum Verbot führenden Artikels nicht ermitteln ließ. Die Volksbefragung selbst war von der Bundesregierung verboten worden.

[16] NE 25. 2. 1948.
[17] NE 26. 2. 1948, Aufmacher.
[18] Schreiben des Land Commissioners R. W. Luce vom 9. 7. 1951.
[19] NE 19./20. 8. 1950.
[20] Schreiben vom Acting Land Commissioners R. W. Luce v. 9. 8. 1951.
[21] Beschluß vom Amtsgericht Kiel vom 28. 5. 1951.

Schlüsselübergabe für die Druckerei des NE am 29. November 1950 durch einen freundlichen deutschen Polizisten nach Ablauf des ersten Verbots der Zeitung. Links KPD-Landesvorsitzender Klaus Weigle.

Das Thema Entnazifizierung

Im Juli 1948 kam es zu einer Auseinandersetzung zwischen dem Ministerpräsidenten Lüdemann (SPD) und dem NE-Chefredakteur Erich Meyer. Dieser hatte der Landesregierung vorgeworfen, nichts für die Entlassung von Nazis aus Justiz und Verwaltung zu unternehmen[22]. Lüdemann sah darin einen Verstoß gegen die journalistische Berufsehre und schloß den Redakteur von den Landtagssitzungen aus. Erich Meyer rief das Ehrengericht des Verbandes der Schleswig-Holsteinischen Presse an, das zu dem Spruch kam: *„Ein Verstoß gegen die journalistische Berufsehre liegt nicht vor"*. Der Ausschluß wurde aufgehoben[23]. Wenig später meldete das NE den Austritt der kommunistischen Mitglieder aus den Entnazifizierungsausschüssen des Landes. *„Schluß mit der Scheinentnazifizierung"* hieß es am 29. Juli 1948. Begründet wurde der Austritt damit, daß belastete Nazis reingewaschen, kleine Mitläufer jedoch gemaßregelt wurden.

[22] NE 15. 7. 1948.
[23] NE 17. 7. und 12. 8. 1948, Seite 2.

Das politische Klima wird rauher

Das Jahr 1948 brachte für das NE eine positive Entwicklung. Das NE erschien in der Regel mit sechs Seiten, zu den Sonnabendausgaben immer öfter auf acht Seiten erweitert. Es wurde bemerkenswert viel Unterhaltung geboten, und die Qualität der

Kommentare und Glossen wurde in den späteren Jahren nicht mehr erreicht. Deutlich nahm sich die Zeitung der Sorgen und Nöte der „kleinen Leute" an. Mit seinen Berichten aus der Arbeit und den Gewerkschaften übertraf das NE die beiden anderen Kieler Zeitungen bei weitem.

Aber das politische Klima wurde rauher. Die Spaltung Deutschlands war Realität geworden und die internationale Lage verschärfte sich. Als Antwort darauf änderten sich Meldungen und Kommentare in Form und Inhalt. Worte wie „Kapitalisten" und „Klassenkampf" waren öfter zu lesen. Dazu hat sicherlich beigetragen, daß die einschneidenden Bestimmungen der Militärregierung entfielen und alle Zeitungen und Zeitschriften die tatsächlichen oder vermuteten Freiräume nutzten. *„Wozu Atlantikpakt?"* fragte das NE[24] und schlußfolgerte, die NATO sei der Nachfolger des berüchtigten Antikominternpaktes. Wurde der Marhallplan in den ersten Jahren noch zurückhaltend kommentiert, wurde er jetzt als ein *„Gottesgeschenk für die US-Trusts"*, als *„Raubzug auf deutsche Unternehmen"* und *„Überfremdung mit US-Kapital"* bezeichnet. Ausführlich prangerte das NE[25] die Vernichtung deutscher Schiffbaubetriebe und die Verfügung der Westalliierten an, daß in den drei Westzonen nur Schiffe mit einer Geschwindigkeit bis zu 12 Knoten gebaut werden durften.

Im Mai 1949 eröffnete das NE eine Kampagne für die Schaffung einer Volksdruckerei, in der eine neue Rotation anstelle der museumsreifen „Heureka" treten sollte. Es wurde zu Spenden aufgerufen: *„Erwirb Bausteine! Bringe sie unseren Freunden!"* Im Juli 1949 erhielt das Blatt ein neues, moderneres Layout.

Die Redaktion im politischen Streit

Im Frühjahr 1949 kam es zu Auseinandersetzungen in der Redaktion. Die Landesleitung der KPD hatte der Redaktion bereits zu Beginn des Jahres vorgeworfen, sie neige zu *„Objektivismus"*, weiche vor dem Klassengegner zurück und vertrete die Partei nur ungenügend nach außen. Erich Meyer legte seine Funktion als Chefredakteur nieder. An seine Stelle trat die bis dahin als Landesvorsitzende der KPD amtierende Gertrud Rast, ebenfalls eine Verfolgte des Naziregimes, die schon 1919 zu den Mitbegründern der KPD gehört hatte. Man darf annehmen, daß mit Gertrud Rast eine stärkere Einflußnahme der KPD-Landesleitung hergestellt werden sollte. Im Sommer 1949 spitzten sich die Gegensätze in der Redaktion zu. Der stellvertretende Chefredakteur Weiß, der Redakteur Anton Kriechel und andere Mitarbeiter widersetzten sich den Anweisungen der Chefredakteurin. Die Differenzen bezogen sich u.a. auf die Bewertung von Entwicklungen in der damaligen Ostzone[26].

Über den Wechsel in der Chefredaktion gab es keine Mitteilung an die Leser. Es wurden nur die Namen im Impressum ausgewechselt. Die Zerwürfnisse gipfelten in einer Sitzung, deren Ergebnis am 19. November 1949 im NE veröffentlicht wurde: *„Die Redaktion hat nach mehrmaligen Aussprachen und einer Besprechung mit dem Sekretariat der Landesleitung ihre Arbeit und Haltung überprüft und stellt selbstkritisch fest, daß*

[24] NE 22. 3. 1949.
[25] NE 16. 4. 1949.
[26] Gespräche mit H. Meyn, R. Herrmann und L. Herrmann, geb. Preßler.

Mitarbeiter und Redakteure des NE im Spätherbst 1950: In der Mitte (mit Brille) Chefredakteur Hans Motzner, rechts außen Redakteur Ferdinand Pollmann, neben ihm seine Frau Gertrud, damals Redaktionssekretärin.

sie in ihren eigenen Reihen parteifeindliche Anschauungen und Unklarheiten geduldet hat. Ein Teil der Redaktion benutzte feindliche Argumente und diskutierte von dieser Plattform aus feindliche Auffassungen über die Gründung der DDR und die Bildung der Volkspartei."

Gebrandmarkt wurden in dem Beschluß vor allem Weiß und Kriechel. Beide verweigerten, wie das NE berichtete, jede selbstkritische Stellungnahme und auch die Zustimmung zum Beschluß[27]. Weiß wurde daraufhin aus der KPD ausgeschlossen, die Redakteure Kriechel, Schulze und Lehnert wurden entlassen und aufgefordert, sich in der Parteiarbeit zu bewähren. Weiß strengte einen Arbeitsgerichtsprozeß an, den er gewann und der die Weiterzahlung des Gehalts bis Mai 1950 bewirkte. Nach Abschluß dieser Auseinandersetzungen traten Berichte über Aktivitäten der KPD stärker in den Vordergrund.

Bei den Wahlen zum ersten Bundestag erhielt die KPD 5,7% der Stimmen und 15 Abgeordnete. Das NE kommentierte dieses Ergebnis als enttäuschend, hob jedoch hervor, daß die KPD viertstärkste Partei geblieben sei. Die SPD, die ihren Wahlkampf mit Sozialisierungsforderungen geführt hatte, wurde vom NE aufgefordert, gemeinsam mit der KPD im Bundestag für Frieden, nationale Einheit und die Belange der Werktätigen einzutreten.

Um die Jahreswende 1949/50 dokumentiert das NE in meist ganzseitigen Stellungnahmen der KPD-Landesleitung innerparteiliche Auseinandersetzungen. Den Schwerpunkt bildete dabei Kiel: *„Der Klassenfeind ist in die Partei eingedrungen. Die KPD führt einen zähen Kampf um die Reinheit der Partei"*, hieß es in einem vom Landessektretär Hugo Bischoff gezeichneten Artikel[28]. Bischoff bescheinigte dem Kieler Kreisvorstand, er beherberge *„Agenten, Spitzel und Saboteure"*. Gleichzeitig mit den Angriffen auf *„Abweichler"* und *„Feinde"* wurde immer öfter J. W. Stalin zitiert. Kaum eine Ausgabe verging, in

[27] NE 19. 4. 1949.
[28] NE 16. 1. und 17. 1. 1950.

der nicht seine Bedeutung für die Menschheit, den Frieden, die deutsche Nation und die Weiterentwicklung der marxistischen Theorie gewürdigt wurde. Unmittelbar neben einem Beitrag *„Über die Entlarvung der Feinde in der Redaktion"* wurde ein Artikel plaziert: *„Warum wir Stalin lieben"*.[29] Reportagen über das nie durchgeführte Projekt der Umleitung sibirischer Flüsse wechselten ab mit Artikeln wie *„Stalin zur deutschen Frage"*.

Der Kampf gegen die *„Parteifeinde"* wurde mit der Gefahr des *„Titoismus"*[30] und der angeblichen Aufdeckung einer internationalen Verschwörung von Rajk, Kostoff, Slanski, Noel Field und anderen Kommunisten begründet. Das NE druckte eine als Broschüre erschienene Schrift ab, die vom KPD-Parteivorstand zunächst als innerparteiliches Material herausgegeben worden war: *„Die KP Jugoslawiens in der Hand von Mördern und Spionen"*.

Die Veröffentlichung dieses Textes weist auf einen Zusammenhang, ohne dessen Beachtung die Auseinandersetzungen zwischen dem Sekretariat der KPD-Landesleitung und der NE-Redaktion unverständlich bleibt: Die nach dem Aufbegehren der jugoslawischen Kommunistischen Partei beginnende Ausrichtung der gesamten kommunistischen Weltbewegung auf die heute von ihr revidierten und verurteilten theoretischen und politischen Konzeptionen J. W. Stalins. Diese Ausrichtung betraf auch die Rolle der kommunistischen Presse. Der Vorsitzende der KPD, Max Reimann, kritisierte: *„Viele Redakteure und Geschäftsführer unserer Parteizeitungen möchten die kommunistischen Zeitungen zu einer Art Generalanzeiger-Presse machen, aus der möglichst — wie sie sagen aus Rentabilitätsgründen — unsere Politik nicht ersichtlich ist. Es wird die Forderung nach mehr Nachrichten ohne Kommentare gestellt, d.h. also nach Übernahme von arbeiterfeindlichen Meldungen, ohne daß die Partei dazu ihre Meinung sagen kann. Es wird ein Kampf geführt gegen die sogenannten zu langen Artikel und Erklärungen des Parteivorstandes mit der Ausrede, diese langen Artikel und Erklärungen würden doch nicht gelesen und die Leute bestellten die Zeitung ab... Allen Genossen sagen wir, daß unsere Zeitungen das Gesicht unserer Partei tragen, die Ideologie unserer Partei entwickeln müssen"*[31]. Die Leser des NE erfuhren diese Ansichten aus einer vierseitigen Beilage der Zeitung.

Das KPD-Verbot rückt näher

Am 22. November 1951 stellte die Bundesregierung beim Bundesverfassungsgericht den Antrag, die KPD als verfassungsfeindlich zu verbieten. Kurz danach wurde das Impressum geändert. Die Redakteure wurden nicht mehr namentlich genannt. Lediglich Paul Kuhlmann erschien dort als *„verantwortlich"*, früher Sitzredakteur genannt. Ihn löste später Friedrich Noll ab. Wegen des Abonnenten- und Anzeigenverlustes erschien das NE nun als Kopfblatt der „Hamburger Volkszeitung". Da sich Verhaftungen, Verhöre durch die politische Polizei und Hausdurchsuchungen häuften und gegen KPD-nahe Vereinigungen wie die Freie Deutsche Jugend (FDJ), Nationale Front und die Volksbefragungsbewegung mit Verboten vorge-

[29] NE 7. 12. 1949.

[30] Der jugoslawische Staatspräsident Tito brach 1948 mit dem Stalinismus und verfolgte einen eigenen Weg zum Sozialismus.

[31] 14. Tagung des Parteivorstandes der KPD vom 28./30. 12. 1949.

Ständige Rubrik: „Die Kommunistische Partei ruft". (NE v.

Die Kommunistische Partei ruft

Stadtteil Ellerbek: Mitgliederversammlung am Mittwoch, dem 7. Mai, um 19.30 Uhr in der Schule Große Ziegelstraße.

Stadtteil Süd: Mitgliederversammlung am Mittwoch, dem 7. Mai, um 19.30 Uhr im Restaurant Kaiser Friedrich (Wilhelmsplatz).

Stadtteil Wik: Sitzung der Stadtteilleitung am Mittwoch, dem 7. Mai, um 20.00 Uhr in der Geschäftsstelle Wik.

Stadtteil Ravensberg: Mitgliederversammlung am Donnerstag, dem 8. Mai, um 20.00 Uhr im Restaurant „Parseval".

Stadtteil Wik: Mitgliederversammlung am Donnerstag, dem 8. Mai, um 20.00 Uhr im Restaurant Sonderburgerplatz.

Stadtteil Dietrichsdorf: Jugendzusammenkunft am Donnerstag, dem 8. Mai, um 19.30 Uhr in der Schule Schönkirchener-Straße.

Am Donnerstag, dem 8. Mai: Referentenschulung um 18.00 Uhr im Parteibüro Küterstraße 4—6.

Am Freitag, dem 9. Mai, um 17.30 Uhr Versammlung aller Parteigenossen der Metallindustrie im Ratssaal. Es spricht Otto Preßler.

Am Freitag, dem 9. Mai, um 18.00 Uhr findet im Rathaus, Zimmer 132 eine Zusammenkunft aller Interessenten einer Theater-Laienspielgruppe statt.

Stadtteil Kiel-Gaarden, Ost und Süd: Am Freitag, dem 9. Mai, um 19.30 Uhr treffen sich alle jungen Kommunisten im Parteibüro Preetzerstraße.

Kreis-Delegierten-Konferenz

Kreis Kiel: Am Sonntag, dem 11. Mai, findet um 9.00 Uhr vormittags im Restaurant Kaiser Friedrich (Wilhelmsplatz) eine Kreisdelegierten-Konferenz statt. Zutritt haben nur Genossen mit dem Delegierten-Ausweis.

gangen wurde, zeichnete man Kommentare und Autorenbeiträge nicht mehr namentlich.

Die nun folgenden Jahre widerspiegeln die Härte der politischen Auseinandersetzungen in der Hochzeit des Kalten Krieges. Immer mehr trat der Kampf gegen die Remilitarisierung in

den Vordergrund der Berichterstattung. Gleichzeitig nahm die Sozialismuspropaganda durch Meldungen über Aufbauleistungen und soziale Errungenschaften im sozialistischen Lager, vor allem in der DDR, stark zu[32]. In fast jeder Ausgabe wurde über Initiativen der UdSSR und der DDR zur Wiederherstellung der deutschen Einheit, über sowjetische Abrüstungsvorschläge und Warnungen vor der Wiederbewaffnung berichtet. Am 8. Januar berichtete das NE in großer Aufmachung über die Bildung eines Ausschusses für deutsche Einheit durch den Ministerrat der DDR. Gleichzeitig forderte ein Kommentar Initiativen der Bundesrepublik für ein Gelingen der Konferenz der Außenminister der USA, Englands, Frankreichs und der UdSSR in Berlin. Die Schlagzeilen des NE wurden während der Konferenz vom 26. Januar bis zum 20. Februar ausschließlich dem Verlauf des Treffens gewidmet. Weder die „Kieler Nachrichten" noch die „Volkszeitung" berichteten auch nur annähernd so ausführlich über die Berliner Konferenz. Im Gegensatz zu den anderen Zeitungen stellte das NE die Vorschläge Molotows in den Vordergrund, die von diesen Zeitungen nur verkürzt und abwertend wiedergegeben wurden.

Der Kampf gegen die Wiederbewaffnung

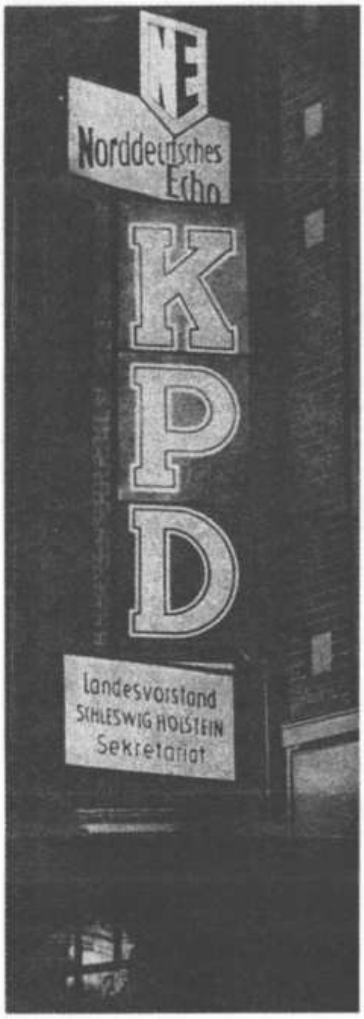
Ab März 1954 beherrschte der Kampf gegen die Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) die politischen Seiten des NE. *„Kampf dem Militarismus"*, *„Keine Bewaffnung der Hitlergenerale"* und *„DDR bietet Jugendlichen Schutz vor Söldnerdiensten an"*[33] lauteten die Schlagzeilen. Die Wehrvorlage der Bundesregierung wurde als Sabotage an den Viermächteverhandlungen bezeichnet. Der Kommentar endete mit der Losung *„Deutsche an einen Tisch"*, die von nun an plakativ wiederkehren sollte. Das NE richtete im Frühjahr 1954 eine zweispaltige Leseraussprache ein, in der Leserzuschriften beantwortet wurden, wobei ein belehrender Stil nicht übersehen werden konnte.

Am 12. Juni 1954 rief das Blatt erstmals zu Aktionen gegen Neonazismus auf. Alte und neue Nazis wollten in der Lübecker Auktionshalle ein Treffen durchführen. Der Aufruf richtete sich an die SPD und die Gewerkschaften. In den nächsten Tagen wurde über lebhafte Proteste aus diesen Organisationen berichtet.

Im Juni 1954 nahm die Berichterstattung über einen Prozeß gegen die Kommunisten Neumann, Dickel und Bechtle breiten Raum ein. Die drei hatten an führender Stelle in der später verbotenen Volksbefragungsbewegung gegen Remilitarisierung gewirkt und wurden zu sechs Jahren und acht Monaten Haft verurteilt.

Am 29. Juni 1954 brachte das NE die Meldung: *„Seeleute enthüllen Waffenschmuggel/ Westdeutsches Schiff im Dienste der United Fruit Company gegen Guatemalas Demokraten!"* Der 1488-BRT-Frachter „Schwennau", Flensburg, hatte in Zeebrügge 300t Stückgut an Bord genommen. Die schweren Kisten waren mit der Aufschrift *„Vorsicht Glas!"* versehen. *„Eine Nachprüfung durch die Seeleute ergab, daß Munition und Waffen, darunter zerlegte Maschinengewehre, an Bord waren"*,

[32] NE 16. 3. 1951, 20. 9. 1951, 30. 6. 1952.
[33] NE 9. 1. 1954.



Leuchtreklame von NE und KPD am Haus des Landessekretariats und Redaktionssitz in der Kieler Lerchenstraße 4.

schrieb das NE. Die Waffen wurden in Cartagena/Columbien gelöscht. Dort erfuhr die Besatzung der „Schwennau", die Waffen seien *„für die Banditen der United Fruit Company bestimmt"* und würden über die International Railway of Centralamerica in die Grenzbezirke Guatemalas transportiert. Die Enthüllungen des NE erregten weltweites Aufsehen und werden u.a. von der „Washinton Post", dem „Daily Herald" und „Le Monde" wiedergegeben.

Am 1. Juli 1954 berichtete das Blatt über die Inbetriebnahme des ersten Atomkraftwerkes der UdSSR und nannte es *„eine Großtat des friedlichen Aufbaus"*.

Im Sommer häuften sich Berichte über Verhaftungen von KPD-Mitgliedern im Bundesgebiet. Die Zeitung informierte über Behinderungen im schleswig-holsteinischen Landtagswahlkampf, veröffentlichte das Wahlprogramm der KPD und stellte die Kandidaten vor, an der Spitze Klaus Weigle und Otto Preßler. Das Ergebnis der Wahlen vom 13. September 1954 war trotz Verbotsdrohungen, Verhaftungen und Behinderungen beachtlich. NE: *„Schwerer Schlag gegen die Adenauerpolitik/ KPD erhöht ihren Stimmanteil um 48%."* In der Tat konnte die KPD in Schleswig-Holstein ihre Stimmenzahl um 8.061 auf 24.793 steigern. In einigen Wahlkreisen war der Zuwachs beachtlich[34].

1955 rückte mit der Ansetzung des Prozesses gegen die KPD die Berichterstattung über Hintergründe des Verfahrens und Stimmen des Protestes in den Vordergrund. Über dem Titel der Zeitung erschien eine ständige Dachzeile: *„Kämpft gegen die Kriegsgefahr — erzwingt die Prozeßabsetzung!"* Die Wiederbewaffnung wurde immer wieder als Grund für die Verbotsabsicht genannt. *„Die konsequentesten Kämpfer gegen Remilitarisierung sollen ausgeschaltet und mundtot gemacht werden"*, wurde wiederholt erklärt. Am 28. Februar 1955 hieß es auf Seite 1:

„Entscheidung gegen Deutschland — Bundestagsmehrheit beschließt Wiederaufrüstung Westdeutschlands und Stationierung von Besatzungstruppen auf Jahrzehnte!"[35]

Werben um Aktionseinheit

In Kommentaren zur Politik der SPD und der Gewerkschaften wie auch in den Aufforderungen zur Aktionseinheit waren Form und Umgangston in diesen Jahren starken Schwankungen unterworfen. Sachliche Argumentation wurde von beißender Kritik abgelöst. Versuche der KPD und ihrer Presse, in den Fragen der deutschen Einheit, des Kampfes gegen die Remilitarisierung und in wirtschaftlichen Auseinandersetzungen Gemeinsamkeit herzustellen, wurden brüsk zurückgewiesen. Sozialdemokratische Landesregierungen gingen mit gleicher Rücksichtslosigkeit gegen Kommunisten vor, wie das in CDU-regierten Ländern geschah. Dies führte zur Verschärfung der Argumentation auch im NE. *„Bereits im Dezember 1953 hatte Adenauers Gewerkschaftsspezialist Jacob Kaiser mit dem DGB-Vorstand und dem DGB-Bundesausschuß über Maßnahmen zur Gleichschaltung mit der Regierungspolitik ver-*

[34] NE 14. 9. 1954.
[35] NE 28. 1. 1955.

handelt", hieß es unter der Überschrift „*Geheimverhandlungen DGB-CDU*".[36]

Das Jahr 1956 war von Massenstreiks in der Metall- und Werftindustrie, im Öffentlichen Dienst und in anderen Branchen geprägt. Das NE berichtete ausführlich über Hintergründe und Verlauf der Arbeitskämpfe und stellte die gewerkschaftlichen Forderungen als berechtigt hin. Die inflationäre Teuerung wurde als Folge der Wiederaufrüstung dargestellt.

Die Mitteilung, daß das Informationsbüro der kommunistischen und Arbeiterparteien aufgelöst worden sei, wurde nicht bewertend kommentiert.[37]

Der Sekretär der KPD-Landesleitung, Erich Röhlck, schrieb zum zehnjährigen Bestehen des NE: „*In unserem Lande ist es das ‚Norddeutsche Echo', das sich von Anbeginn an als zuverlässiger Ratgeber aller Friedensfreunde und aller Demokraten im Kampf um die Erhaltung des Friedens und um die demokratischen Grundrechte erwies. Unbestechlich vertritt sie heute die Interessen der Arbeiterklasse, ergreift die Partei für die Wahrheit und entlarvt die Lügen der reaktionären Kräfte. Sie ergreift Partei für Frieden, soziale Sicherheit und Fortschritt.*"[38]

Der Weg in die Isolierung

Es ist unübersehbar, daß das NE durch eigene Schuld, viel mehr aber unter dem Druck der antikommunistischen Kräfte in die Isolierung getrieben wurde. Ein wichtiger Punkt dabei war die finanzielle Austrocknung. Schon 1951 hatte die Bundesregierung alle Wirtschaftsunternehmen gewarnt: Wer „*verfassungsfeindliche Bestrebungen*" durch Werbeanzeigen unterstützt, „*könne in Zukunft bei Aufträgen der Bundesbehörden sowie bei Aufträgen, die unter Einsatz von Mitteln des Bundeshaushalts durchgeführt werden, nicht mehr berücksichtigt werden.*"[39] Den Aquisiteuren des NE war es nun nur noch möglich, kleine Geschäftsleute in Arbeitervierteln — wie etwa Kiel-Gaarden — zu bewegen, im NE zu annoncieren. Die Einnahmen aus dem Anzeigengeschäft wurden unbedeutend. Gleichzeitig ging die Auflage des NE zurück, auch darum, weil selbst Abonnenten des NE zu Recht oder Unrecht mit Nachteilen rechneten. Der Leserstamm ging bald nicht mehr über den im Laufe des Kalten Krieges schrumpfenden Mitgliederzahlen der KPD hinaus.

Die Grundorganisationen wurden ununterbrochen angefeuert, den Straßenverkauf zu verstärken. Dazu wurden Wettbewerbe veranstaltet, über die laufend berichtet wurde. Die Zahl der Redakteure mußte auf ein Minimum begrenzt werden. Ihre Bezahlung lag weit unter den Tarifen und reichte bald nicht mehr an die ungeschriebene Richtlinie kommunistischer Betriebe heran, nach der Gehälter Facharbeiterlöhnen entsprechen, sie aber nicht überschreiten sollten. Zwischen Redaktion und Geschäftsführung wurde bald um jedes Fotoklischee gestritten. An allen Ecken und Enden mußte gespart werden.

Andererseits verfiel die Sprache im NE mit der Zeit immer stärker in einen heute befremdlich anmutenden Verbalradikalismus, der der Mehrheit der Bevölkerung unverständlich bleiben mußte und geeignet war, die überkommenen Vorurteile ge-

[36] NE 12. 1. 1954.
[37] NE 18. 4. 1956.
[38] NE 7./ 8. 4. 1956.
[39] Beschluß der Bundesregierung vom 27. 2. 1951, Gemeinsames Ministerblatt, S. 85.

Heute mit Sonderbeilage „Leipziger Herbstmesse"

NORDDEUTSCHES ECHO

PREIS 10 ₰

Verantwortl. Redakteur: Volkmar Gaede, in Arbeitsgemeinschaft der beteiligten Redakteure — Verleger: Verlagsleitung, Hans Bl. — Gesamtleitung: Hans Lenzbauer. — Verantwortlich: Friedrich Hell, Hamburg. — Druckerei: Druckerei Hamburg. — Verlagsort: Hamburg

Nr. 192 — Freitag, 17. August 1956

Bezugspreis: monatlich 2 DM einschließlich 10 Pfennig Zustellgebühr und 10 Pfennig Zustellgebühr — Postbezug: 2,25 DM monatlich einschließlich Postgebühr, zuzüglich 36 Pfennig Zustellgebühr. — Bestellung bei jeder Postanst. — Erscheint täglich außer Sonntag. — Druck: Kayser-Druck GmbH, Hamburg 36. — Verlagsort: Hamburg

In Betrieben und Gewerkschaft:

Ablehnung eines KPD-Verbots

Heute 9.30 Uhr Urteilsverkündung in Karlsruhe

Hamburg. Heute um 9.30 Uhr will das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe das Urteil im Verbotsprozeß gegen die Kommunistische Partei Deutschlands verkünden. In zahlreichen Stellungnahmen von Gewerkschaftsorganisationen, SPD-Funktionären und Persönlichkeiten wurde ein Verbot der KPD abgelehnt, weil dieses mit den Grundsätzen der Demokratie nicht zu vereinbaren ist und den Weg zur Wiedervereinigung Deutschlands sperrt.

Der Bremer Gewerkschaftssekretär Schmidt von der Gewerkschaft Nahrung, Genuß, Gaststätten versicherte, daß seine Kollegen hinter der Haltung ihrer Gewerkschaftsvorsitzenden Hans Nitscher stehen, der zu Beginn dieser Woche in Hamburg gesündigt hat: „Ich habe nie und werde auch nie ein Hehl daraus machen, daß ich das Verbot der KPD für ein Unglück der Arbeiterklasse halte." Mitglieder des Landesverbandes der Kleingärtner in Bremen sprachen sich gegenüber dem KPD-Bürgerschaftsabgeordneten Hein Dietrich ebenfalls gegen ein Verbot der KPD aus.

Der Vorsitzende des Betriebsrates der Bremer Großbäckerei AG Weser, Gustav Börnsen, erklärte gestern: „Ich lehne ein Verbot der KPD ab." Diese Auffassung wird von seinem anderen Betriebsratsmitglied, dem Vertrauensmann Hallen und auf allen Arbeitsplätzen gesprochen, sich die Werftarbeiter gegen ein Verbot aus.

„Der Ortsbevollmächtigte der IG Bau, Steine, Erden, in Hannover, Jänsch, erklärte: „Ich bin gegen ein Verbot der KPD. Auch wer nichts mit der KPD zu tun hat, kann mit einer solchen undemokratischen Maßnahme nicht einverstanden sein."

Gegen ein Verbot der KPD sprach sich gestern auch der Sekretär der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, Ortsverwaltung Bremen, Kallegs Kracht, in einer Unterredung mit führenden Vertretern der KPD aus. Kracht brachte in der Unterredung zum Ausdruck, daß ein Verbot der KPD sich nicht mit der Demokratie vereinbaren lasse und ein Schlag gegen alle demokratischen Organisationen sei.

Die Arbeitsgemeinschaft der Lübecker Kaufleute, Inh. Siegfried Schlichtholz protestierte auf das schärfste gegen ein KPD-Verbot. Mit dem Verbot der KPD versuche „die Adenauerregierung ein zweites nationales Unglück heraufzubeschwören. Einstimmig sprachen sich die Kollegen gegen die Remilitarisierung Westdeutschlands aus und bezeichneten Gestaltung zu dem Ausspruch des Generalstabsgenerals Hermann: „Wir wollen lieber Feige sein, als auf Anzüge denken."

36 Hiesiger Bürger protestierten mit ihrer Unterschrift in einem Schreiben an das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe gegen das geplante Verbot der KPD.

Alle Mitglieder des DGB-Ortsausschusses Hamburg-Bergedorf sprachen sich auf Befragung gegen ein Verbot der KPD aus.

Die Art Kriegserklärung

Der Bremer Bürgermeister Wilhelm Kaisen, wenn die KPD verboten werde, dann solle jeder in Westdeutschland wissen, daß dieses Verbot bedeutet, das Tor zur Wiedervereinigung zu schließen und den Graben zwischen beiden deutschen Staaten noch tiefer zu graben. „Wir Deutschen in der Deutschen Demokratischen Republik verstehen sehr gut, daß ein Verbot der Kommunistischen Partei jetzt nach der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht auch eine Art Kriegserklärung an die Deutsche Demokratische Republik sein soll. Durch dieses Verbot wollen die westdeutschen Militaristen kundtun, daß sie, sobald sie sich stark genug fühlen, diesmal gegen Polen, auch die Deutsche Demokratische Republik und die Sozialistische Einheitspartei zu verbieten."

Ein Verbot der KPD bedeute, so sagte Gerhard Ritter weiter, nicht nur der Demokratischen Demokratischen Republik, sondern dem ganzen friedliebenden sozialistischen Lager und seinen aufrichtigen Freunden den Fehdehandschuh hinwerfen.

Was Hans-Jürgen zur Wehrpflicht sagt

„Daß die neue Wehrmacht demokratisch wird, das wird nur so gesagt", sagte uns Hans-Jürgen Bray aus Hamburg-Eidelstedt, der 18 Jahre alt ist und zu den, von der Adenauer-Regierung vorgesehenen 500 000 Soldaten gehört, die nur einziehen will. „Es wird genau so, wie es früher war", meinte er weiter. „Denn die Obersten, das sind die Hitler-Generale. Blank selbst war ja auch bei Hitler Offizier."

Ich bin auch nicht der Meinung, daß der Soldat der Bundesrepublik die Demokratie verteidigen wird, weil er schon jetzt dazu bestimmt ist, die Arbeiterschaft zu unterdrücken. Außerdem brauchen wir keine Armee, weil uns keiner angreifen will. Alle rüsten ab, nur wir rüsten auf. Ich habe bei meiner Weigerung, Blankoldat zu werden, keine Angst vor Strafen, weil ich der Meinung bin, daß man zwar einen, auch hundert, aber nicht Tausende verurteilen kann, die so denken wie ich."

Proteste aus dem In- und Ausland

„Berlin", Schwerer Schlag gegen demokratische Freiheiten

Hamburg. Aus allen Teilen Deutschlands und auch aus dem Ausland werden im verstärkten Maße Proteste gegen das für heute geplante Verbot der KPD bekannt. Gegen das Verbot wandten sich unter anderem die gewerkschaftlichen Vertreter des in München organisierten Metallgerichtes, der 1. Sekretär der Gewerkschaft ÖTV, Ortsverwaltung Dortmund, Otto Kuhnert, der 1. Sekretär der IG Metall, Ortsverwaltung Rheinhausen, Hans Klippert, der Betriebsratsvorsitzende der Schalker Eisenhütte, Helmut Buhlmann.

In der DGB sprachen sich zahlreiche Betriebsbelegschaften gegen das geplante Verbot aus, darunter die 8000 Arbeiter und Angestellten der VEB Tiefbau Berlin. Im Namen des Ausschusses für deutsche Einheit protestierte der Vorsitzende, Dr. Hans Lade, und der Sekretär Dr. Wilhelm Girnus, telegraphisch beim Präsidenten des 1. Senats der Bundesverfassungsgerichts, Dr. Josef Wintrich. Das Präsidium des Hauptvorstandes der CDU in der DDR wendete sich in einer Erklärung gegen das Verbot.

Das Organ des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens, „Borba", warnt in einem Kommentar vor dem Verbot und schreibt: damit wird das demokratische Freiheiten in Westdeutschland ein schwerer Schlag versetzt. Auch tschechoslowakische Zeitungen wenden sich gegen das Verbot. Der Verband der antifaschistischen Widerstandskämpfer der CSR protestierte in einem Telegramm an Bundeskanzler Adenauer gegen ein KPD-Verbot. Die KP Norwegens nennt ein Verbot der KPD einen Schlag gegen den Frieden. Die Partei der Arbeit der Schweiz erklärt sich in einer Broschüre an die KPD mit ihrem Kampf solidarisch.

Urteil ohne Anwesenheit der KPD?

Vertreter der KPD vom Bundesverfassungsgericht nicht geladen

Düsseldorf. Zu der Urteilsverkündung im Verbotsprozeß gegen die KPD am heutigen Freitag hat das Bundesverfassungsgericht die Parteivertreter der KPD, Walter Fisch, Fritz Rische und Jupp Ledwohn, nicht geladen. Das Gericht behrchte die Anwesenheit der Vertreter der Kommunistischen Partei als „überflüssig", so wurde mitgeteilt.

Gleichzeitig stellte sich heraus, daß das Gericht die Mitteilung von der für heute angesetzten Urteilsverkündung 24 Stunden früher an die Presse gab als an die Rechtsanwälte der KPD.

Auch diese Methoden sind bezeichnend für die „Rechtsstaatlichkeit", von der man in Bonn ständig spricht.

Wehrerfassung für September geplant

Erfassungsbescheide sollen unmittelbar nach einem KPD-Verbot verschickt werden

Bonn. Am Vortage der Urteilsverkündung im Verbotsprozeß gegen die KPD wurde in Bonn bekanntgegeben, daß die Arbeit zur Musterung der ersten Wehrpflichtigen auf Hochtouren laufe. In den einzelnen westdeutschen Ländern sollen die Vorbereitungen zur Erfassung der Wehrpflichtigen soweit gediehen sein, daß bereits im September die Wehrpflichtigen der Jahrgänge 1937 und 1938 und auch ein Teil der gedienten Jahrgänge erfaßt werden können. Damit werde die Voraussetzung geschaffen, Anfang 1957 etwa 100 000 Jugendlichen die Gestellungsbefehle zuzuschicken.

Mit der Erfassung setzt zugleich die Wehrüberwachung ein. Von diesem Zeitpunkt an muß jeder Wehrpflichtige die Änderung seines Aufenthaltsortes innerhalb einer Woche dem Einwohnermeldeamt mitteilen. Gleichzeitig meldungspflichtig sind alle Reisen von Wehrpflichtigen, die länger als acht Wochen dauern. Wird eine derartige Meldung unterlassen, leitet das Wehrersatzamt eine Fahndungsaktion nach dem Wehrpflichtigen ein.

Fackeldemonstration gegen KPD-Verbot

Bremer KPD-Funktionär Schrumm appelliert an die Arbeiterklasse

Bremen. Rund 1000 Bremer Werktätige demonstrierten gestern abend mit Fackelzügen durch den Arbeiterstadtteil Bremen-Gröpelingen, um zur Verteidigung der KPD aufzurufen. Die Demonstranten forderten die Einwohner zum Schutz des Jahrgangs 1937 vor der Zwangsrekrutierung auf.

Die bekannten KPD-Funktionäre Heinrich Schrumm und Arthur Böpple appellierten an die Arbeiter, ihre starken Organisationen, die Gewerkschaften, die SPD, die KPD zusammen zum Kampf um Demokratie und gegen Wehrzwang einzusetzen. Es dürfe den deutschen Imperialisten, Militaristen nicht noch ein drittes Mal gelingen, unser Volk in einen Krieg zu stürzen.

„Wenn Adenauer die KPD verbieten lasse, dann habe er die Rechnung ohne den Wirt gemacht. 1918 sei nicht 1933. In der Welt und auch in Deutschland sei die Arbeiterklasse unvergleichlich stärker als vor 30 oder 20 Jahren. In einem Großteil auf der Welt und auch in einem Teil Deutschlands seien die Arbeiter an der Macht und heute den Sozialismus auf."

Besonders eindringlich wandten sich beide Redner an die sozialdemokratischen Klassengenossen, jetzt Schulter an Schulter mit den Kommunisten und parteilosen Arbeitern dafür Sorge zu tragen, daß die Adenauerära begraben werde.

BEI DER ERÖFFNUNG der Londoner Sueskonferenz von links: US-Außenminister Dulles, neben ihm die sowjetische Delegation, Stellvertretender Außenminister Semjenow, Außenminister Schepilow und Botschafter Malik.

Geteilte Meinungen auf der Sueskonferenz

Einmütige Unterstützung der arabischen Welt für Ägypten

London/Kairo. In London begannen am Donnerstag die Verhandlungen der Suezkanalkonferenz. Der sowjetische Außenminister Schepilow wies zu Beginn darauf hin, daß die Konferenz keine Entscheidungsbefugnis haben könne. Die Sowjetunion betrachte sie als einen ersten Schritt in den Verhandlungen über den Suez-Konflikt. Schepilow machte den Vorschlag, eine neue internationale Konferenz mit erweiterten Teilnehmerkreis vorzubereiten.

Im Namen der drei Westmächte legte USA-Außenminister Dulles einen Vier-Punkte-Plan vor, der die Einrichtung eines „Internationalen Suez-Amtes" vorsieht. Dieses Amt soll den Kanal verwalten und kontrollieren. Ägypten soll „gerechte Erträge" erhalten. Dulles betonte die Vorschläge jedoch als nicht endgültig.

Indien, Indonesien und Ceylon wollen einen Gegenplan unterbreiten, der lediglich eine internationale Überwachung des Kanalbetriebes vorsieht. Die Verwaltung des Kanals selbst soll Ägypten überlassen bleiben. Der indische Chefdelegierte Menon erklärte nachdrücklich, daß Indien niemals einer Internationalisierung der Verwaltung des Suez-Kanals zustimmen werde.

Mit einem Generalstreik unterstützte die fast 40 Millionen Menschen zählende arabische Welt am Donnerstag die Suez-Politik Ägyptens und protestierte gegen die Londoner Suez-Konferenz. In Beirut (Libanon) und Damaskus (Syrien) fanden riesige Demonstrationen statt. Streikende syrische Arbeiter unterbrachen die Ölzufuhr nach den Mittelmeerhäfen. In Tripolis (Libyen) wurden die Fensterscheiben der amerikanischen Botschaft von Demonstranten zertrümmert.

Belgische Arbeiter streiken

Brüssel. In Belgien dehnt sich der Streik der Bergarbeiter für eine sofortige Grubensicherheit immer weiter aus, besonders, nachdem bekannt wurde, daß am Donnerstag in der Nähe von Lüttich durch ein erneutes Bergwerksunglück zehn Bergarbeiter schwer verletzt wurden. Etwa 5000 Bergarbeiter traten in Mons in Arbeitskleidung von Zeche zu Zeche und forderten die Kollegen auf, die Arbeit niederzulegen. Die Sozialisten, Kommunisten und Christlich-Sozialen haben eine Unterbrechung der Parlamentsferien und die Einberufung einer Sondersitzung über das Bergwerksunglück beantragt.

Nasser verschiebt Ungarnbesuch

Budapest. Der Ägyptische Staatspräsident Nasser hat seinen für Anfang September geplanten Staatsbesuch in Ungarn verschoben, wie Radio Budapest am Donnerstag bekanntgab. Nasser sei zur Zeit zu sehr mit anderen wichtigen politischen Dingen beschäftigt. Er werde zu einem späteren Zeitpunkt nach Ungarn kommen.

Unsere Messebeilage

liegt dieser Ausgabe für unsere Abonnenten bei. Wir danken allen Mitarbeitern und Inserenten für ihre demonstrative Hilfe bei der Gestaltung dieses guten Beispiels eines festen Willens zur demokratischen Wiedervereinigung unseres Vaterlandes.

Für den Kreis unserer Wochenendleser und weiterer Freunde und Interessenten liefern wir diese Beilage mit unserer Ausgabe vom 25. August aus.

Werner und Redaktion

gen die Kommunisten zu verstärken. Die Überschriften hatten schließlich fast nur noch den Charakter von Losungen und Appellen. Ohne Zweifel hat die KPD ihre Isolierung mitverschuldet. Doch mehr noch fiel als Ursache der Antikommunismus ins Gewicht, der dazu diente, die Bundesrepublik in der NATO zu verankern und die (später von den Gewerkschaften beklagte) *„Restauration der alten Besitz- und Machtverhältnisse"* durchzuführen. Der Antikommunismus schuf ein politisches Klima, in dem die Kommunisten total ausgegrenzt wurden. Der sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete Adolf Arndt sprach davon, daß der Antikommunismus *„weitgehend die Rolle des Antisemitismus übernommen hat und eine Überdeckung dessen ist, woran man nicht gern erinnert wird"*.[40]

linke Seite:
Frontseite der letzten Ausgabe des NE vom Tag des KPD-Verbots am 17. August 1956. Im Mittelpunkt der Berichterstattung stand das Urteil des Karlsruher Bundesverfassungsgerichtes, das im Laufe des Tages erwartet wurde. Auch die demonstrativ vorgetragenen Proteste konnten über den zu erwartenden Urteilsspruch kaum hinwegtäuschen.

Das Verbot des NE

Die letzten Wochen vor dem Karlsruher Verbotsurteil waren von Warnungen vor möglichen Folgen eines KPD-Verbots und von Protesten angefüllt. Wiederholt wurde an die Bürger der BRD appelliert, die Gefahr einer Kriminalisierung jeglicher Opposition als Folge eines KPD-Verbots zu erkennen und durch Massenaktionen zu verhindern.

Die letzten Ausgaben des NE vor dem Verbot trugen die Schlagzeilen: *„Gewerkschaftssekretäre und Betriebsräte gegen KPD-Verbot"*[41], *„Regierung der DDR warnt vor einem Verbot der KPD"*[42] und*„ In Betrieben und Gewerkschaft: Ablehnung eines KPD-Verbots "*[43]. Wenige Stunden nach Auslieferung der letzten Ausgabe besetzten starke Polizeikräfte Redaktion, Verlag und Druckerei in der Lerchenstraße, durchsuchten die Räume und versiegelten sie. Die Mitarbeiter — soweit sie sich dort aufhielten — wurden zur polizeilichen Vernehmung abgeführt.

Der letzte Chefredakteur des NE war Erich Grimm. Er und fast alle Mitarbeiter waren auch während des Verbots der KPD politisch tätig und schlossen sich 1968 der DKP an.

Die Geschichte des „Norddeutschen Echos" ist ein Stück Geschichte der schleswig-holsteinischen Kommunisten. Sie ist die Geschichte ihrer Versuche, Lehren aus der Niederlage der Arbeiterbewegung 1933 zu ziehen und ihre Auffassung von einer neuen demokratischen Gesellschaft durchzusetzen. Sie ist schließlich die Geschichte ihrer Irrtümer und Fehleinschätzungen.

[40] Adolf Arndt, Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 3. Wahlperiode, Stenographische Berichte, S. 505/06, zitiert nach A. v. Brückner, Politische Justiz gegen Kommunisten in der BRD 1949-1968, Frankfurt/M. 1978, S. 346.
[41] NE 15. 8. 1956.
[42] NE 16. 8. 1956
[43] NE 17. 8. 1956.